



EDITORIAL

Willkommen im Polit-Theater!



Liebe NWA-Mitglieder,
liebe Gönnerinnen und
Gönner, geschätzte
Leserinnen und Leser

**Im Dezember 2018
ist viel passiert im
Bundeshaus:**

Peter Stutz
Präsident NWA

**Das neue Strom-
versorgungsgesetz**

will eine Marktöffnung für alle, also auch für Haushalte, erneuerbaren Strom in der Grundversorgung und eine freie Wahl des Messdienstleisters.

Die Revision des CO2-Gesetzes wurde gleich ganz beerdigt, nachdem eine Koalition von FDP und SVP dem Gesetz alle Inhalte gestrichen hatte.

Beim Anschluss der Schweiz ans europäische CO2-Emissionshandelssystem hat das Parlament gleich noch alle Artikel aus dem CO2-Gesetz gestrichen, die bisher neue fossile Kraftwerke in der Schweiz verhindert hatten.

Die neue Kernenergieverordnung reduziert wesentliche Sicherheitsanforderungen an unsere AKW. Die Ausserbetriebnahme-kriterien wurden an den Zustand der AKW angepasst, um ihren ewigen Weiterbetrieb zu ermöglichen.

Wir haben unsere Solar-Befreiungspetition mit 2'027 Unterschriften im Bundeshaus eingereicht: Dank euch! Etwas haben wir erreicht: Das BFE hat die Freigaben für Solaranlagen tatsächlich stärker erhöht als 2017 angekündigt. Aber noch nicht so stark wie erwünscht.

Und so geht es im 2019 weiter:

Ihr seid aufgerufen, euch bei der Vernehmlassung zur Stilllegungs- und Entsorgungsfondsverordnung zu beteiligen, wo der Bundesrat will, dass die AKW-Betreiber absurd tiefe Einzahlungen in die Fonds leisten, weil die Endlager erst im Jahr 2100 in Betrieb sein müssen.

Uns geht die Arbeit auch 2019 nicht aus. In diesem Sinn: Alles Gute und Liebe zum neuen Jahr!

Pitsch

Pitsch



Am 29.11.2018 wurde die NWA-Solar-Befreiungspetition Herrn Leuenberger von der Bundeskanzlei mit 2027 Unterschriften übergeben. Auf dem Foto v.l.n.r.: NWA-Geschäftsführer Christoph Arndt, Nationalräte Bastien Girod und Beat Jans, NWA-Co-Präsident Peter Stutz.

RUEDI RECHSTEINER ZUR LEX BEZNAU

Doris Leuthard gibt grünes Licht für Atomkatastrophe



Ruedi Rechsteiner

An ihrer vorvorletzten Sitzung setzt sich Doris Leuthard und die FDP-SVP-Mehrheit im Bundesrat durch: Die zulässige Radioaktivität bei Erdbeben wird um den Faktor 100 erhöht. Beznau – das älteste AKW der Welt – kann ohne lästige Sicherheitsvorschriften weiterlaufen. Der Bundesrat schützt die Atomkraftwerke statt die Bevölkerung.

Die Maximaldosis bei einem Erdbeben, wie es alle 1000 bis 10'000 Jahre erwartet wird, steigt in der neuen Verordnung von 1 auf 100 Millisievert. Das Bundesgericht kann nun auf dem Rechtsweg den illegalen Betrieb von Beznau nicht mehr stoppen. Die drei Umweltorganisationen, die gegen Beznau Klage ergriffen haben, weil die Anlage rechtswidrig betrieben wird und den Grenzwert um das

78-Fache überschreitet, haben keine Handhabe mehr.

Gegen die neue Maximaldosis von 100 Millisievert haben sich Kantone, Umweltorganisationen, das Bundesamt für Gesundheit und der Umweltminister Baden-Württembergs zur Wehr gesetzt – vergeblich.

André Herrmann, Präsident der Eidgenössischen Strahlenschutzkommission von 2005 bis 2012, weist darauf hin, «dass Strahlendosen im Millisievert-Bereich» bisher «nur für beruflich exponierte Personen (20 mSv pro Jahr) und in der Medizin (10 mSv für einen Scanner, nach Abwägung der Nutzen/Risiken)» in Kauf genommen wurden. Weil die Kontamination nach einem Unfall dauerhaft und über längere Zeit erfolgt, «nimmt die Dosis der Personen stetig zu, also auch ihr Risiko, zu erkranken. Mit der Legalisierung eines solchen Wertes für Auslegungsfälle wird leichtsinnig ein hohes Risiko in Kauf genommen», so Herrmann. «Diese Revision missachtet die Grundsätze des

Strahlenschutzes (Rechtfertigung, Dosisbegrenzung, Optimierung) und des Vorsorgeprinzips.»

Der Bundesrat setzt auch in einem laufenden Rechtsverfahren die Gewaltenteilung ausser Kraft. Die 15 Anwohner, die gegen Beznau vorgehen, können ihre Klage zwar aufrecht erhalten und man wird sehen, ob das ENSI korrekt handelte, als es Beznau trotz Überschreitung der Grenzwerte weiterlaufen liess. Aber die Axpo hat mit dem neuen Grenzwert nichts mehr zu befürchten und wird nun stets «beweisen», dass ein drohender schwerer Unfall gar kein solcher ist; die Komplizen vom ENSI helfen ihr.

Der Leistungsausweis der populären Atom-Doris sinkt schwer ins Minus. Sie hat mit der Energiestrategie neue Atomkraftwerke verbieten lassen, die sowieso keiner mehr will. Und sie hat den alten Atomkraftwerken Tür und Tor bis zum schweren Unfall geöffnet. Schändlich.

Ruedi Rechsteiner, alt Nationalrat

IN KÜRZE

TRAS lanciert zwei Klagen auf Schliessung von Fessenheim

Der Trinationale Atomschutzverband (TRAS) hat zwei neue Klagen gegen das Atomkraftwerk Fessenheim eingereicht und hält eine sofortige Schliessung für notwendig. Die Absichtserklärung von Präsident Macron, das Werk Mitte 2020 zu schliessen, wird in der Stossrichtung begrüsst; ohne rechtskräftiges Schliessungsdekret ist sie aber wenig glaubwürdig.

Die zwei neuen Klagen richten sich an die Aufsichtsbehörde ASN und an das Umweltministerium:

- Bis heute konnte die EDF keine ausreichenden Durchflussmengen der Notkühlung nachweisen, was der örtliche

Leiter der ASN in Strasbourg selber kritisiert hat.

- Die von der ASN schon 2012 verlangten Notstromaggregate sind nie eingebaut worden. Der «harte Kern» der ASN-Forderungen nach Fukushima wurde somit nie erfüllt.

Eine Strafklage gegen den Betreiber EDF wird ebenfalls vorbereitet. Zuvor hat die Pariser Anwältin von TRAS, Corinne Lepage, den CEO der Electricité de France (EDF), Jean-Bernard Levy, persönlich aufgefordert, Beweise zu erbringen, die Testversuche mit der Grundwasserpumpe zu veröffentlichen, die die erforderliche Pumpleistung während mindestens 100 Stunden nachweisen.



Fotocartoons Aernschd Born

NWA Schweiz

<https://nwa-schweiz.ch>



Rückblick 2018 / Ausblick 2019

Das Jahr 2018 hatte es in sich. Angefangen von der Nachricht, dass unser grossmütterliches AKW Beznau wieder ans Netz gehen darf bis hin zur Verabschiedung der Kernenergieverordnung durch den Bundesrat, welche in keinsten Weise an die Forderungen und Appelle der Vernehmlassungsteilnehmer angepasst wurde.

Ende letzten Jahres konnten wir aber auch unsere Kampagne zur Solar-Befreiung erfolgreich abschliessen und die gesammelten Unterschriften in Bern übergeben (siehe Foto). Die Bundeskanzlei hat die Petition dem zuständigen Departement UVEK übermittelt. Nun warten wir auf die Reaktion.

Mit diesem Wende-Blatt starten wir unsere neue Kampagne «Das läuft schief mit der ES2050». Daneben stehen 2019 noch viele weitere Themen und Neuerungen an. Wie 2018 mehrmals erwähnt, waren für uns die letzten Jahre finanziell nicht immer einfach. Auch 2017 mussten wir trotz vieler Einsparungen und Optimierungen wieder ein grosses Defizit verbuchen. Dies ist ganz klar auf einen Rückgang der Spenden und Mitglieder zurückzuführen.

Während ich diesen Artikel schreibe (Mitte Dezember 2018), sind unsere Bücher noch nicht geschlossen. Die Arbeiten an der Buchhaltung sind noch in vollem Gange. Sicher ist aber schon heute: die budgetierten Einnahmen wurden erreicht und dank einigen Mitgliedern, die uns sehr wohlgesonnen sind, sogar übertroffen. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen, die uns so toll unterstützt haben, ganz herzlich bedanken. Sobald uns die revidierte Jahresrechnung vorliegt, werden wir das Ergebnis veröffentlichen.

2018 haben wir intensiv daran gearbeitet, wieder bekannter zu werden. Wir haben verstärkt um neue Mitglieder geworben und grössere Kreise gezogen. Wir haben alles daran gesetzt, frischer, dynamischer und moderner zu werden. Ein Stück weit ist uns das gelungen. Wir bleiben dran – mit demselben Engagement.

Auch unsere neue Webseite ist erfolgreich. Immer mehr lesen unsere Artikel und unterstützen uns. Ebenfalls seit letztem Jahr ist es endlich möglich, online zu spenden. Das über die verschiedensten Kanäle wie PayPal, Twint, Kreditkarte, PostFinance.

Bis dato wurde unsere Mitgliederverwaltung extern geführt. 2019 soll sich das ändern. Zurzeit erarbeiten wir eine eigene Mitgliederverwaltung, ein sogenanntes CRM-System. Das neue System wird uns die Verwaltung erleichtern und unsere Prozesse agiler machen. Durch eine gezielte Datenpflege stehen uns dann ganz neue Möglichkeiten zur Verfügung.

Ein weiteres Ziel für 2019 ist ein verbesserter Informationsversand via Mail. Dieser soll kontinuierlicher und gezielter werden. Vielen Dank an alle Interessierten, welche uns Ihre E-Mail-Adresse mitgeteilt haben. Neben der verbesserten Präsenz im Internet möchten wir aber im neuen Jahr wieder vermehrt auf die Strasse und unsere Anliegen auch persönlich vermitteln. Zu gegebener Zeit werden wir diesbezüglich Freiwillige suchen, die uns bei diesem Vorhaben unterstützen.

Und ein letzter Ausblick: Am 20.12.2019 wird das erste Atomkraftwerk der Schweiz vom Netz genommen und in den Nachbetrieb übergehen. Dieses Datum nehmen wir zum Anlass, ein Fest zu feiern. Momentan vernetzen wir uns mit den befreundeten

Organisationen, um ein großes und buntes «Nachglühfest» auf die Beine zu stellen.

*Christoph Arndt
Geschäftsführer NWA Schweiz*



NEU: NWA-Bier in zwei leckeren Sorten!
«Brennstab» = Naturtrüb
«Kühlwasser» = Lager
Spendenpreis 5.- CHF/Flasche
oder 30.- CHF/SixPack, PROST!

NWA Aargau

<https://www.nwa-aargau.ch>



NWA Aargau aktiv

Im Dezember 2018 war NWA Aargau an zwei Anlässen unterschiedlicher Art präsent: Am 1. und 2. stellten wir uns den Delegierten der SP Schweiz vor und am 13. Dezember taten wir gemeinsam mit Partnerorganisationen unseren Unmut über die mangelnde Möglichkeit der Mitwirkung bei der Regionalkonferenz kund.

NWA (nicht nur) Aargau bei der SP ...

Ein Stand an der Delegiertenversammlung der SP Schweiz in Windisch. Als wir dafür angefragt wurden, mussten wir nicht lange überlegen. Die Möglichkeit, uns Verbündeten aus der ganzen Schweiz vorzustellen, war zu reizvoll. Die Stimmung war denn auch von viel Dankbarkeit für unsere Arbeit geprägt, gerade auch bei Leuten, die uns vorher noch nicht gekannt haben. Das erstmals öffentlich gezeigte NWA-Bier in den Sorten «Brennstab» und «Kühlwasser» kam gut an und dem Vernehmen nach konnten auch Neumitglieder gewonnen werden.

Herzlichen Dank an alle, die mitgeholfen haben, den Stand zu betreuen und besonders an Iris Frei für die Organisation!

... und bei der Regionalkonferenz «Jura Ost»

An allen potenziellen Standorten für ein Atomwüllager gibt es Regionalkonferenzen, in denen Leute aus der Bevölkerung am Prozess «partizipieren» sollen, so auch rund um den Bözberg, «Jura Ost» genannt. Die meisten Delegierten werden von den umliegenden Gemeinden gestellt, gnädigerweise durften auch Parteien oder Interessengruppen wie NWA von Anfang an mit dabei sein.

Die Arbeit in diesen Gremien war und ist aber meist frustrierend: Anliegen und Anträge werden abgeschmettert, Bedenken beiseite gewischt oder lächerlich gemacht. Zum Start der nächsten Phase haben die Konferenzen nun die rechtliche Form eines Vereins bekommen. NWA Aargau hat sich gemeinsam mit anderen atomkritischen Organisationen dafür eingesetzt, dass diese

Vereine repräsentativ, transparent und neutral sein sollen. Dazu wurden zuhänden der Gründungsversammlung Statutenänderungen vorgeschlagen: Alle Interessensbindungen müssen offengelegt werden, es darf keine Spenden und Zuwendungen an den Verein geben und vor allem sollten Befürworter, Unentschlossene und Gegner repräsentativ vertreten sein. Während die beiden ersten Forderungen bei den Delegierten eine Mehrheit fanden, wurde der dritte Punkt sehr deutlich abgelehnt. Kritische Stimmen werden

also weiterhin untervertreten sein und wir müssen uns eine weitere Teilnahme als «Feigenblatt» sehr gut überlegen. Fakt ist und bleibt: der Atomwüll ist in vielen Punkten ein ungelöstes, hochgefährliches Problem. Trotzdem weiterhin Atomwüll zu produzieren ist ein Verbrechen an unseren Nachkommen.

*Andreas Fischer
Präsident NWA Aargau*



Eine bunte Mischung von Leuten zahlreicher atomkritischer Organisationen empfing die Delegierten an der Gründungsversammlung des Vereins «Regionalkonferenz Jura Ost» in Laufenburg.

Aus der Bewegung

Macht mit bei der STENFO-Vernehmlassung!

Ohne beim Atomstrom die Kostenwahrheit durchzusetzen, können die Schweizer AKW noch ewig weiterbetrieben werden. Unser Bundesrat unterstützt das mit seiner Verordnung zu den Stilllegungs- und Entsorgungsfonds, wo er den AKW-Betreibern ermöglichen will, mit viel zu tiefen Beiträgen in die Fonds viel Geld zu sparen.

Die Details der Verordnung zählen

Beim Stilllegungsfonds ist die Lage klarer, weil dort bei der Berechnung von einer Betriebsdauer eines AKW von 50 Jahren ausgegangen wird. Das heisst, für die Stilllegung und den Rückbau von Mühleberg, Beznau 1 und 2 fehlen nur ein paar hundert Millionen Franken. Eine machbare Aufgabe.

Ganz anders sieht das im Bereich der Entsorgung aus. Hier sind die Kostenschätzungen am stärksten gestiegen. Hier ist die Unsicherheit immer noch am grössten, denn wir wissen heute noch nicht, wie eine Langzeitlagerung aussehen wird.

Lange Fristen, tiefe Teuerung

Der Bundesrat löst dieses Problem in seiner Verordnung zu den Fonds im Sinne der AKW-Betreiber: Weil die Endlager für den Atomwüll erst im Jahr 2100 verschlossen werden sollen, also in 82 Jahren, findet der Bundesrat, dass die AKW-Betreiber noch lange Zeit haben mit ihren Einzahlungen in den Entsorgungsfonds. Wie wenn es die Alpiq, die Axpo und die BKW in 82 Jahren noch geben würde! Noch frecher

ist die Annahme, dass die Kostensteigerung für die Entsorgungskosten, die in den letzten sechzehn Jahren bei 4,5% lag, plötzlich nur noch 0,5% betragen soll.

Wirkung berechnet

Wir haben die Wirkung dieser zwei Hebel berechnet. Müsstest die heute noch fehlenden 12,747 Milliarden Franken Entsorgungskosten innert 20 Jahren vorhanden sein, müsstest die AKW-Betreiber bei einer Teuerung von 4,5% über 20 Jahre verteilt noch 20,894 Milliarden Franken einzahlen. Bei einer Teuerung von 0,5% sind es nur noch 4,886 Milliarden Franken, 16 Milliarden weniger. Oder umgekehrt formuliert: Im Vergleich zur beobachteten Kostensteigerung der letzten 16 Jahre schenkt der Bundesrat den AKW-Betreibern Beiträge in der Höhe von 16 Milliarden Franken.

Noch absurder wird es, wenn die Beitragszeit auf 82 Jahre ausgedehnt wird. Dann übersteigt die Wirkung der Rendite auf den Fondsgeldern die Teuerung, und die AKW-Betreiber würden jedes Jahr noch Geld aus dem Entsorgungsfonds retour erhalten. Das zeigt perfekt auf, wie wirklichkeitsfern die Annahmen von 0,5% Teuerung und die vielen Jahrzehnte Einzahlungsfrist sind.

Beteiligt euch an der Vernehmlassung

Wir schlagen euch daher vor, euch bei der Vernehmlassung zur Stilllegungs- und Entsorgungsfondsverordnung zu beteiligen. Entweder mit dem beigelegten Musterbrief oder online auf <https://nwa-schweiz.ch/kampagnen/revision-sefv/>

Peter Stutz, Co-Präsident NWA

NWA Region Basel <https://nwa-schweiz.ch/regionalgruppen/nwa-region-basel/>



Landratswahlen 2019 im Baselbiet

Am 31. März 2019 sind im Baselbiet Wahlen. Das Baselbiet braucht mehr LandrätInnen, die sich gegen AKW und für erneuerbare Energien einsetzen. Wählen Sie NWA-Mitglieder in den Landrat! Vom Vorstand von NWA Schweiz kandidiert **Landrätin Florence Brenzikofer**. Für die weiteren NWA-Mitglieder werden wir ein Sammel-Insertat in der Basellandschaftlichen Zeitung schalten. Kandidierende, die NWA-Mitglieder sind und dort erscheinen möchten, wenden sich bitte an nwa.region.basel@gmail.com.



Tschernobyl 2018

Auf der Reise durch die Ukraine beteiligten wir uns im November 2018 an einem Tagesausflug in die Chornobyl Exclusion Zone.

Von Kiew aus geht es per Kleinbus andert-halb Stunden nordwärts bis zum ersten Kontrollpunkt. Penible Passkontrolle. Über leere Strassen fahren wir durch wunderschöne Natur, der es paradoxerweise prächtig zu gehen scheint, nachdem die Gegend 1986 vom Menschen verlassen wurde. Bereits von Weitem sehen wir das *New Safe Confinement*. 2017 wurde die gigantische Konstruktion auf Schienen über den inzwischen baufälligen *Object Shelter* gestülpt, der in den Monaten nach dem Unfall unter schwierigsten Bedingungen über dem Reaktor Nr. 4 errichtet worden war. Dessen Deckel hatten in den frühen Morgenstunden des 26. April 1986 zwei Dampfexplosionen weggesprengt – die Folge eines ausser Kontrolle geratenen

Experiments, das eigentlich der Verbesserung der Betriebssicherheit hätte dienen sollen.

Zwei Stunden lang spazierten wir durch die evakuierte Stadt Prypjat, wo bis 1986 ca. 50'000 Menschen gelebt hatten. Heute fühlt man sich an Franz Hohlers «Rückeroberung» erinnert. Beklemmend und faszinierend zugleich.

Ralph Pringsheim (Text und Fotos)



Prypjat, Kino «Prometheus», dessen Fassade ein die Kernspaltung idealisierendes Mosaik zielt.



Prypjat, Hotel «Polissia», Propagandaschrift links hinten: «Lasst das Atom Arbeiter sein, nicht Soldat!»

NWA Solothurn <https://nwa-solothurn.ch>

Eigenverbrauchsoptimierung: Selbst gemacht.

Anfang 2018 haben wir unsere PV-Anlage mit Hausspeicher realisiert. Schon im März ist der Ertrag gut. Doch bald stelle ich fest: Leider ist es gerade bei Hausspeicherlösungen wohl oft so, dass das Marketing deutlich besser ist als das installierte Produkt.

Die gekaufte Sonnenbatterie wird als intelligentes Gerät angepriesen, welches sogar andere Geräte im Haus ansteuern und deren Stromflüsse regeln kann (z.B. für den Wasserpumpenboiler). Leider erfuhr ich erst nach der Installation, «dass es doch logisch ist, dass das nur in Deutschland funktioniert». Für die Smarthome-Integration auch? Leider.

Der Installateur hat zwar bewirkt, dass der Boiler heizt, jedoch ohne Regelung. Zu Anfang bezog der Boiler daher Strom aus der Batterie oder sogar vom Netz, um zu heizen. Das wäre in Ordnung – wenn wir einen reinen Elektroboiler hätten. Bei uns macht aber der Kauf von Strom wenig Sinn, weil der Boiler primär mit Fernwärme geheizt wird. Da dies sehr kostengünstig ist, macht es rein wirtschaftlich keinen Sinn, dafür Strom zu beziehen, ausser er «kostet nichts». Nach einem halben Jahr Poltern konnten wir dieses Problem mit dem Installateur allerdings halbwegs lösen.

Dennoch funktioniert die Gerätesteuerung nicht und die App lässt zu wünschen übrig. Die Tagesverlaufsgrafik sieht sowieso jeden Tag gleich aus. Konkrete Zahlen wären viel interessanter. Die App sagt mir, wie viel Strom ich produziere und verbrauche, aber ob und wie sich die Anlage amortisiert, «kann nicht berechnet werden», so der Hersteller.

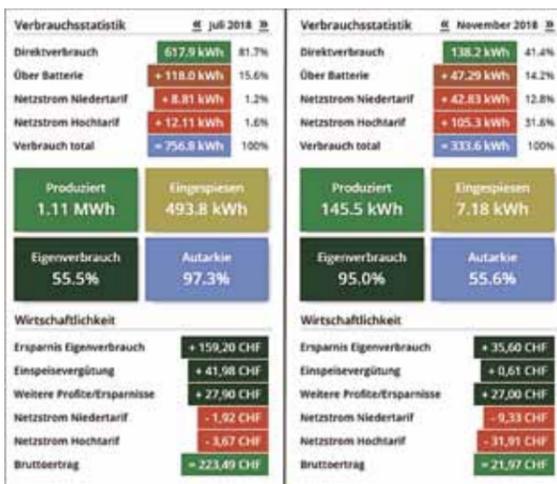
«Doch!», dachte ich, und habe mir eine eigene App programmiert. Diese kann Geräte ein- und ausschalten und ein Elektroauto automatisch mit überschüssigem Strom speisen. Toll ist, dass das Messgerät der Batterie seine Daten im Netzwerk oder WLAN zur Verfügung stellt. So kann ich als Programmierer die Daten sekundlich auslesen, berechnen und speichern.

Dafür läuft im Keller ein Raspberry – ein sehr kleiner und rund 25 CHF günstiger Computer, der im Betrieb nur 3-4 Watt Strom braucht. Die Daten vom Messgerät können nun in einer App dargestellt werden (siehe Screenshot) und der Computer kann z.B. je nach Produktion Steckdosen ein- oder ausschalten. Konkret verwenden wir das für eine Ladestation für Staubsauger und Batterien und einen Entfeuchter im Keller. Die Geräte laufen nur, wenn

genügend Strom produziert wird oder im Winter bei manueller Einschaltung via App.

Jüngst haben wir einen Nissan Leaf bestellt und passend dazu eine Ladestation, welche eigene Programmierschnittstellen hat. Damit kann der Raspberry nun auch steuern, ob die Ladestation läuft und wenn ja, wie

viel Leistung zur Verfügung gestellt werden soll. Im Winter kann die Ladestation bei Bedarf einfach manuell über Nacht aktiviert werden. Im Jahr 2019 werden wir unseren Stromversorger somit deutlich weniger mit Überschüssen konfrontieren. Der zahlt uns nämlich sowieso immer weniger – ab 2019 nur noch 50% dessen, was wir Anfang 2018 bekommen haben.



Aus der App: Vergleich Juli und November. Auffallend: Wird weniger produziert, braucht das Haus deutlich weniger Strom. Konkrete Zahlen zeigen, was Sache ist. Amortisationsrechnung inklusive.

Fazit: Für das Projekt habe ich vor allem Zeit aufgewendet. Der Raspberry, die steuerbaren Steckdosen und die Ladestation haben total etwas weniger als 800 CHF gekostet. Zum Vergleich: Die e-Mobility-Lösung vom Solarteur wurde mit 4'000 CHF offeriert und wäre genau so «dumm» gewesen wie die Boilersteuerung. Ich bin rundum zufrieden und es zeichnet sich ab, dass die Anlage dieses Jahr ungefähr 1'400 CHF amortisiert – Ersparnis durch Eigenverbrauch, weniger Bezug von Fernwärme und im Sommer gab's trotz niedrigem Tarif einen ordentlichen Batzen für den eingespielenen Strom.

Michael Sebel, Aktuar & IT-Spezialist

NWA 55plus

<https://nwa-schweiz.ch/regionalgruppen/nwa-55plus/>

Offener Brief an Bundesrätin Simonetta Sommaruga

4144 Arlesheim, 10. Dezember 2018

Frau Bundesrätin Simonetta Sommaruga
Bundeshaus, 3003 Bern

Kernkraftwerke in der Schweiz
(Offener Brief)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir freuen uns mit Ihnen über Ihren Wechsel ins Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation!

Bis anhin stand das Thema Atomenergie in Ihrem neuen Departement unter der Devise: «Kernkraftwerke laufen, solange sie sicher sind». Das ist an sich eine Selbstverständlichkeit. Aber wer entscheidet, wie lange sie sicher sind? Und nach welchen Kriterien? Eine Garantie, dass nichts passiert, gibt es trotz aller Bemühungen um die Sicherheit nie. Deshalb wäre für die Zukunft eine näher liegende Devise:

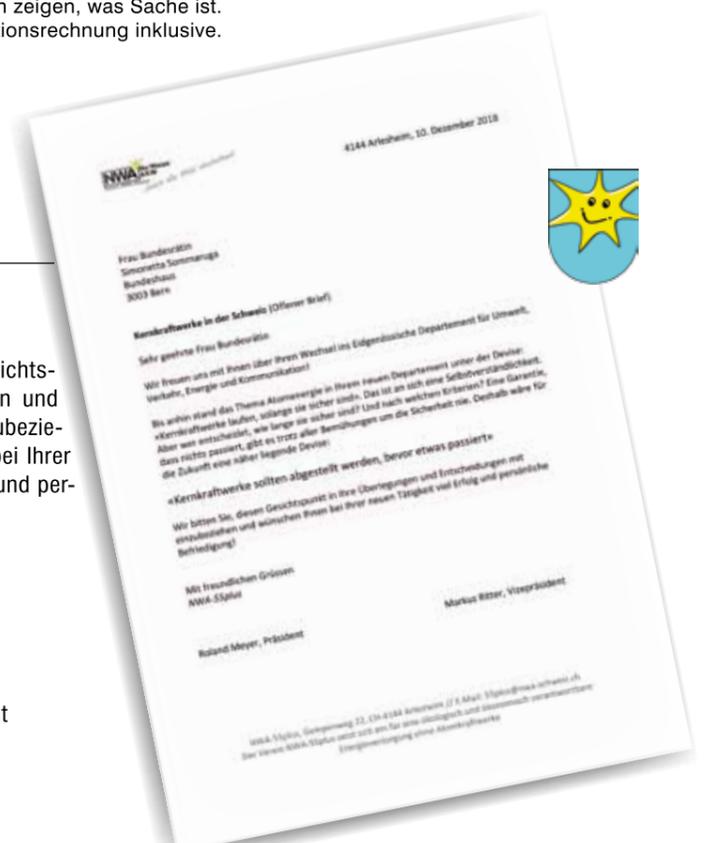
«Kernkraftwerke sollten abgestellt werden, bevor etwas passiert»

Wir bitten Sie, diesen Gesichtspunkt in Ihre Überlegungen und Entscheidungen mit einzubeziehen und wünschen Ihnen bei Ihrer neuen Tätigkeit viel Erfolg und persönliche Befriedigung!

Mit freundlichen Grüßen

NWA-55plus

Roland Meyer, Präsident
Markus Ritter, Vizepräsident



ZUR SACHE

Die Energiestrategie 2050 muss nachgebessert werden

Der CEO eines Stadtwerkes hat mir heute gesagt: «Euch ist schon klar, dass wir mit der bisherigen Energiestrategie (ES) 2050 die Schweizer AKW nicht ersetzen?» Oh ja, das ist uns sehr bewusst! Die ES 2050 muss noch nachgebessert werden, wenn wir von unseren Atomkraftwerken loskommen wollen, ohne zwischenzeitlich noch Gas- und Dampfkraftwerke in Betrieb nehmen zu müssen.

Es gibt vier Bereiche, wo Nachbesserungen dringend nötig sind:

1. Stilllegungs- und Entsorgungsfonds

- Die angenommene Kostensteigerung in der Verordnung muss mit den realen 4,5% verfügt werden, dem Durchschnitt der letzten 16 Jahre, nicht mit surrealen 0,5%.
- Die Kosten für die Stilllegung eines AKW müssen bis zum 50. Betriebsjahr eines AKW zu 100% einbezahlt sein.
- Die Kosten für die Entsorgung aller AKW müssen innert den nächsten 20 Jahren zu 100% einbezahlt sein.

Warum das so wichtig ist?

Weil die AKW-Betreiber ihren Partnerwerken, die den Atomstrom abnehmen müssen, den Strom immer zu den aktuellen Jahreskosten verkaufen. Beim AKW Leibstadt sind das 8,23 Rp/kWh, also heute schon mehr, als Strom aus Grosswasserkraft kostet. Das wäre sofort noch teurer, würden die AKW-Betreiber einen vernünftigen Beitrag in den Entsorgungsfonds einzahlen. Das hätte aber den Nachteil, dass alle sehen würden, wie teuer der Atomstrom in Wirklichkeit ist. Der ewige Weiterbetrieb unserer AKW würde damit infrage gestellt.



2. Kernenergieaufsicht und Kernenergieaufsicht

Das ENSI versteht sich nicht als Aufsicht über die AKW-Betreiber, sondern als ihr Förderinstitut. Seit Jahrzehnten profiliert sich das ENSI mit abstrusen Schönrechnungen zugunsten der ältesten AKW der Welt, die noch am Netz sind.

Leider unterstützt der Bundesrat das ENSI blind, es existiert keine Aufsicht über das ENSI. Noch schlimmer: Das ENSI diktiert dem Bundesrat Verordnung für Verordnung, wo das heutige Recht angepasst werden muss, damit unsere AKW, die das geltende Recht verletzen, noch ewig weiterlaufen dürfen. Der Bundesrat setzt das um – und die Schweiz und ihre Bevölkerung aufs Spiel.

Hier herrscht unsererseits etwas Ratlosigkeit, weil wir mit unseren Forderungen keine politische Mehrheit finden. Eine Mehrheit findet, der Bundesrat mache das sicher richtig, auch wenn der Bundesrat selber gar nicht versteht, was er da tut.

3. CO2-Ausstieg

Wir brauchen dringend ein umfassenderes CO2-Gesetz inklusive Flugverkehr. Solange ein CO2-Zertifikat für ein Kohlekraftwerk weniger kostet als der Wasserzins auf der Wasserkraft, solange sind die Anreize falsch gesetzt.

Die Revision des CO2-Gesetzes hätte einige brauchbare Ansätze enthalten, aber die SVP-FDP-Mehrheit des Nationalrates hat konsequent alle sinnvollen Bestimmungen aus dem Gesetz gestrichen. In der Schlussabstimmung wurde das ganze CO2-Gesetz abgelehnt, eine Peinlichkeit sondergleichen für unser Parlament.

Es ist klar, dass ein neues CO2-Gesetz nur mit einem neuen Parlament zu machen ist, das im Herbst 2019 gewählt wird. Nochmals vier Jahre mit einer SVP-FDP-Mehrheit können der Schweiz nicht zugemutet werden!

4. Zubau erneuerbarer Stromproduktion

Seit dem Jahr 2000 wurde etwa die Jahresproduktion von anderthalb Beznau 1 an erneuerbarer Stromproduktion zugebaut. Immerhin, aber das reicht natürlich nicht. Zudem haben wir tatsächlich ein Winterstromproblem, das lösbar ist, aber nicht, wenn wir nichts tun.

Hier sind unsere Forderungen:

- Die KEV-Warteliste für Solaranlagen deblockieren.
- Die Warteliste für die Einmalvergütungen an grosse PV-Anlagen deblockieren.

- Die Geothermie aus der Einspeisevergütung werfen, und sie nur noch über Forschungsgelder finanzieren. Die freiwerdenden Gelder im KEV-Fonds sollen in Anlagen der erneuerbaren Stromproduktion gesteckt werden und so die Wartelisten abgebaut werden.

- Wir brauchen eine Win-Windstrategie! Beschwerde-freudige Nachbarn und Organisationen blockieren die meisten Windprojekte der Schweiz. Keine 3% der Projekte konnten bisher gebaut werden, obwohl viele sogar eine Volksabstimmung überstanden haben. Die heutigen 0,23% Windstromanteil in der Schweiz sind beschämend, erst recht im internationalen Vergleich. Das liegt aber nur an den Beschwerden, nicht daran, dass wir zu wenig Wind oder zu wenig Projekte hätten. Windstrom könnte einen wesentlichen Beitrag an die Winterstromversorgung der Schweiz leisten.



Peter Stutz

Windenergie-Prototyp für Schwachwind
Fotos Werner Zürcher



Artgerechte Entsorgung



CO2-Gesetz ... die verpasste Chance

Endlich: Die Vorlage klingt vielversprechend. Mit der Totalrevision des CO2-Gesetzes soll der Bundesrat die Verpflichtungen aus dem Klimaabkommen von Paris erfüllen. Es gilt, die konkrete Schweizer Klimapolitik 2021-2030 festzulegen. Die Umsetzung ist auf nationaler Ebene zu konkretisieren und es muss geklärt werden, in welchem Ausmass die Reduktion des CO2-Ausstosses in der Schweiz selbst geschehen soll.

Die Botschaft des Bundesrates umfasst 138 Seiten. Die sogenannte Fahne, die Liste mit den Anträgen der vorberatenden Kommission verteilte sich auf 74 Seiten. Über 70 Minderheits- und einige Einzelanträge mussten beraten werden. Was im Nationalrat während den über zehn Beratungsstunden über vier Tage geschah, war dramatisch:

Der bereits mässig ambitionöse Vorschlag des Bundesrates wurde verwässert: Kauf

der Emissionszertifikate im Ausland ohne definierten Inlandanteil, keine einheitlichen Standards bei der Sanierung von Gebäuden, mässige Vorgaben für Neuwagen, der Kostenzuschlag auf Benzin wurde bei 8 Rappen gedeckelt, ...

Die unnütze Vorlage musste versenkt werden. Auf Grundlage der Botschaft des Bundesrates nimmt sich nun der Ständerat der Angelegenheit an. Gedanken aus der UN-Klimakonferenz in Polen, die ebenfalls im vergangenen Dezember stattfand, mögen der dringend notwendigen Vorlage zum Durchbruch verhelfen. ... und es gilt auf ein neues Parlament zu hoffen – 2019 ist ein Wahljahr!

Philipp Hadorn
NR SP SO & Präsident NWA SO

NWA Mitglied werden

Werde NWA Mitglied und unterstütze aktiv unser Engagement für den Atomausstieg und die Energiewende.

Jahresbeitrag 50.00 CHF

Anmeldung direkt via <https://nwa-schweiz.ch> oder mit diesem Talon per Post an: NWA Schweiz, Murbacherstrasse 34, 4056 Basel

Vorname, Nachname.....

Adresse.....

Postleitzahl, Ort.....

E-Mail.....

Telefon.....

Lieben Dank! Du erhältst von uns die Unterlagen für die Mitgliedschaft.

<https://nwa-schweiz.ch>

Herzlichen Dank für Ihre Spende auf das PostFinance Konto von NWA Schweiz
IBAN CH42 0900 0000 4000 8355 3
BIC POFICHBEXXX

Herausgeber & Impressum
NWA (Nie Wieder AKW) Schweiz
Murbacherstrasse 34, 4056 Basel
<https://nwa-schweiz.ch>
sekretariat@nwa-schweiz.ch
Telefon +41 61 322 49 20
Redaktion Peter Stutz
Layout Aernschd Born
Druck Grafisches Service-Zentrum WBZ
Erscheint 4 x jährlich